

■ Simulation Europäisches Parlament 2001

1999



2004

Beschluss

17. DEZEMBER 2001

EntschlieÙung

über den Antrag der Tschechischen Republik auf Aufnahme in die Europäische Union und den Stand der Verhandlungen

83 Prozent der Abgeordneten des SIMEP2001 haben der EntschlieÙung zugestimmt

**"Simulation Europäisches Parlament" (SIMEP)
im Abgeordnetenhaus von Berlin, 17. Dezember 2001**

Veranstalter:

Der Präsident des Abgeordnetenhauses
und die

Junge Europäische Bewegung Berlin-Brandenburg e.V. (JEB)
Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Tel.: 030/42 80 90 38, Fax: 030/42 80 90 36
Email: jeb@jef.de Internet: www.jeb-bb.de und www.simep.de

Copyright: JEB

Originalberichte des EP sind im Internet unter: <http://www.europarl.eu.int/plenary/de/default.htm> erhältlich.



Das Europäische Simulationsparlament,

unter Hinweis auf den von der Tschechischen Republik am 17. Januar 1996 gemäß Artikel 49 des Vertrags über die Europäische Union gestellten Antrag auf Aufnahme in die Europäische Union,

1. stellt fest, dass die Tschechische Republik seit der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union in den Bereichen Minderheiten- und Menschenrechten sowie im Umweltbereich umfangreiche und sehr zufriedenstellende Reformen eingeleitet hat und sich die Wirtschaft durchgehend positiv entwickelt;
2. fordert die Tschechische Republik jedoch auf, seine Anstrengungen im Hinblick auf den baldigen Abschluss der Verhandlungen zu verstärken und voranzutreiben, um noch bestehende Defizite zu überwinden und zum Ende des nächsten Jahres die Kopenhagener Beitrittskriterien vollständig erfüllen zu können;
3. bekräftigt, dass es Tschechien bei seinen Beitrittsvorbereitungen nach Kräften unterstützt, und fordert alle anderen EU-Institutionen auf, es ihm gleich zu tun.

4. Im Wirtschafts- und Sozialbereich

- weist es darauf hin, dass es in der Tschechischen Republik bei der Wirtschaftstätigkeit und der Arbeitslosigkeit regionale Unterschiede gibt und hält es für notwendig, Anstrengungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit speziell unter den jungen Menschen insbesondere durch Bildung zu verstärken;
- begrüßt es, dass die Tschechische Republik Strukturreformen und Privatisierungen durchgeführt hat und fordert die Fortführung dieser Maßnahmen unter gleichen Wettbewerbschancen zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen sowie eine sozial gerechtere Verteilung der Arbeit, Einkommen, Abgaben insbesondere unter den Gesichtspunkten des gender-main-streaming;
- fordert die Umsetzung von nachhaltigen und effektiven Förderungsprogrammen zur Überwindung von Entwicklungsrückständen in strukturschwachen Regionen, die Stärkung der Klein- und Mittelstandsunternehmen sowie die Verbesserung der Infrastruktur (insbesondere des Schienenverkehrs), unter ökologischen Gesichtspunkten;
- fordert es eine effektivere Bekämpfung von Korruption und Wirtschaftskriminalität, um eine dauerhafte positive wirtschaftliche Entwicklung sowie Investitions- und Rechtssicherheit zu ermöglichen;
- empfiehlt es, im Bereich des freien Verkehrs von Personen und von Arbeitnehmern eine zweijährige Übergangsfrist festzulegen;
- fordert es eine höhere Sozialstaatlichkeit;
- fordert es die Begrenzung für das Bodenerwerbsrecht für maximal drei Jahre;

5. Im Umweltbereich

- erwartet es, dass für die Umsetzung der Umweltschutzpolitik und die Anpassung an die EU-Umweltstandards 35 Prozent der EU-Fördermittel vorrangig für die Sicherheit der Atomkraftwerke und den ökologischen Landbau aufgewendet werden;
- fordert es die tschechische Regierung auf, der Entwicklung von Agrar- und Umweltprogrammen zur Umstrukturierung und Modernisierung des Agrarsektors unter dem Leitbild der Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit sowie in ökologischer Weise Priorität beizumessen;
- fordert es die vollständige Umsetzung der Rahmenvorschriften in den Bereichen Luft- und Wasserreinheit, Naturschutz, Tierschutz und Industrie durch die tschechische Regierung und Wirtschaft unter Kontrolle der Organe Europäischen Union;
- wünscht es einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kernenergie und empfiehlt es der tschechischen Regierung die Neuorientierung ihrer Politik zu regenerativen Energieformen;

6. Im Bereich Menschen- und Minderheitenrechte

- erkennt es die Bemühungen der Tschechischen Republik im Hinblick auf den Ausbau ihres innerstaatlichen rechtlichen und institutionellen Rahmens im Bereich der Menschenrechte und Grundfreiheiten teilweise an;
- fordert es die tschechische Regierung auf, verstärkte Maßnahmen gegen die Probleme des Frauenhandels zu ergreifen und auch auf die Gleichstellung zwischen Mann und Frau zu achten;
- fordert es, dass die Tschechische Republik weiterhin Schritte unternimmt, um die Stellung der Roma in der Gesellschaft zu verbessern sowie eine völlige Gleichberechtigung anzustreben und besteht auf einem umfassenden Schutz aller Minderheiten nach OSZE-Bestimmungen;
- begrüßt es die Haltung der tschechischen Regierung, die Aufarbeitung der historischen Entwicklung der Beziehungen zwischen Tschechen und Österreichern sowie Deutschen - unter anderem der 1930er und 1940er Jahre - zu unterstützen;

7. Im Bildungsbereich

- fordert es, eine an höheren Bildungsstandards orientierte Bildungspolitik für alle Bevölkerungsschichten;

8. fordert es den Rat und die Kommission auf, bei weiteren Fortschritten im bisherigen Tempo zum 1. Januar 2004 die Tschechische Republik in die Europäische Union aufzunehmen.